

Mehr als ökonomisches Kalkül? Zu den Bestimmungsfaktoren von auf die Euro-Krise bezogenen Performanzbewertungen und Policy-Präferenzen

More than a rational calculation? Determinants of policy preferences and performance evaluations related to the Euro crisis

Agatha Rudnik, Harald Schoen

Abstract

This paper addresses the role of economic interests and symbolic predispositions in shaping policy preferences and performance evaluations referring to the Euro crisis in the German electorate. Using data from a 2009-to-2013 online panel survey, the analysis refutes the widely held thesis that attitudes towards economic issues are primarily based on rational cost-benefit calculations. Rather, stable symbolic predispositions, as measured in 2009, are much more important than rational calculations in shaping policy preferences and performance evaluations referring to the Euro crisis in 2013. Moreover, the evidence shows that symbolic predispositions differ in the impact on policy and performance orientations. Attitudes toward German financial aid to EU member states are influenced by domain specific predispositions and, to a lesser degree, affective evaluations of politicians. By contrast, evaluations of the crisis management of political actors are primarily affected by evaluations of politicians and party identification. In summary, the results suggests that omitting symbolic predispositions from analyses of policy preferences and performance evaluations in the economic domain runs the risk of leading to biased results.

1. Einleitung

Die europäische Schulden- und Währungs Krise hat wie wohl kaum ein anderes Thema die politischen Akteure der Legislaturperiode von 2009 bis 2013 beschäftigt. Mit der parlamentarischen Verabschiedung der Rettungspakete ist Deutschland milliardenschwere Verbindlichkeiten eingegangen, deren konkrete Höhe nur schwer zu beziffern ist (Schmitt-Beck 2014: 95). Der Bundestag musste innerhalb kurzer Zeit immer wieder über neue Unterstützungsleistungen für die verschuldeten EU-Mitgliedstaaten abstimmen und die Bedingungen diskutieren, an denen diese geknüpft sein sollten. Damit wurde in einem Bundestagswahlkampf ein Aspekt der europäischen Integration, zuvorderst Unterstützungszahlungen an stark verschuldete Euro-Staaten, verstärkt thematisiert, sodass entsprechende Bürgerurteile das Wahlverhalten deutlich beeinflusst haben (Mader und Schoen 2014; Schmitt-Beck 2014; Schoen und Greszki 2014). Insofern ist eine Annäherung Deutschlands an andere EU-Staaten zu beobachten, in denen die europäische Integration schon vorher die nationalen Wahlen beeinflusst hat (Kriesi et al. 2008; siehe auch Pappi und Thurner 2000; Schoen 2008).

Es wäre jedoch voreilig, aus Einflüssen von Einstellungen, die sich auf die europäische Schulden- und Währungs Krise, also einen ökonomischen Gegenstand beziehen, zu folgern, den entsprechenden Einstellungen und Entscheidungen liege ausschließlich ein ‚kaltes‘, ökonomisches Kalkül zugrunde. Zwar ist es durchaus möglich, dass materielle Interessen in die Urteilsbildung über die Euro-Krise einfließen, allerdings kann die europäische Schulden- und Währungs Krise als Anlass auch ganz andere Motive und Überlegungen aktiviert haben. Aus der Forschung zu sachfragenorientiertem Wahlverhalten ist bekannt, dass nicht zuletzt einfache, auf Prinzipienfragen reduzierte, symbolisch aufgeladene Sachfragen verhaltensrelevant sind (Sears et al. 1979, 1980; Carmines und Stimson 1980). Daher könnten bei der Bewertung von Policy-Vorschlägen und Akteurshandeln in der europäischen Schulden- und Währungs Krise auch stärker diese Aspekte im Vordergrund stehen (z.B. Lau und Heldman 2009). Dies erscheint desto plausibler, als es in der europäischen Schulden Krise – und der sie begleitenden öffentlichen Diskussion – nicht zuletzt um zwischenstaatliche finanzielle Unterstützungsleistungen geht. Wie Bürger auf derartige Vorschläge reagieren, hängt nicht zwangsläufig allein von ökonomischen Nutzenkalkülen ab, sondern kann auch von kollektiven Identitäten und Haltungen gegenüber anderen Nationen geprägt sein. In der Berichterstattung zum abstrakten Thema EU und Europapolitik verwenden politische Eliten zur Kommunikation zudem bevorzugt Symbole und bedienen Stereotype, die bestimmte Grundorientierungen ansprechen (siehe etwa Hooghe und Marks 2009; Kriesi et al. 2008). Die Komplexität des Themas wie auch die Exekutivlastigkeit der EU- und Euro-Politik legen außerdem nahe, dass Bürger sich bei ihrer Meinungsbildung relativ stark an führenden Politikern orientieren, beispielsweise indem sie deren Stellungnahmen als Heuristiken verwenden.

Diese Überlegungen deuten darauf hin, dass in der Meinungsbildung zur europäischen Schulden- und Währungskrise auch andere als utilitaristische Überlegungen eine Rolle spielten. Wenn das zuträfe, wären die in der Forschung belegten Effekte Euro-bezogener Policy-Präferenzen und Performanzbewertungen nicht (ausschließlich) als Anhaltspunkte für die Wirksamkeit ökonomischer Kalküle zu lesen.

In diesem Aufsatz untersuchen wir daher, inwieweit in den Performanz-urteilen und den Policy-Präferenzen in Bezug auf die europäische Schulden- und Währungskrise ökonomische Kalküle und andere Faktoren, wie Prädispositionen und Kandidatenbewertungen, ihren Niederschlag finden. Zu diesem Zweck werden im folgenden Kapitel zunächst die Frage theoretisch diskutieren und Hypothesen über Einflüsse auf die Performanzurteile und Policy-Präferenzen abgeleitet. Anschließend werden die Datengrundlage, die Operationalisierung sowie das methodische Vorgehen näher erläutert und die Ergebnisse der empirischen Analysen vorgestellt. Zum Schluss werden die zentralen Befunde zusammengefasst und diskutiert.

2. Theoretische Diskussion

Die vorliegende Literatur deutet darauf hin, dass das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2013 von (prospektiven) Präferenzen über die Gewährung von Transferzahlungen an finanziell in Schwierigkeiten geraten Euro-Staaten sowie von retrospektiven Urteilen über die Leistung der zentralen kollektiven und individuellen deutschen Akteure in der europäischen Schulden- und Währungskrise beeinflusst wurde (Mader und Schoen 2014; Schmitt-Beck 2014; Schoen und Greszki 2014). Diese Wirkungen können unterschiedlich gedeutet werden, da die verhaltensrelevanten Urteile auf unterschiedliche Weise zustande gekommen sein können. Daher werden wir verschiedene Faktoren diskutieren, die Performanzurteile und Policy-Bewertungen beeinflusst haben könnten. Dabei unterscheiden wir bezüglich der Leistungsbewertung zudem zwischen der Performanz der Bundesregierung als kollektivem Akteur einerseits sowie Angela Merkel und Peer Steinbrück als individuellen Akteuren andererseits.

2.1 *Ökonomische Kalküle*

Die auf die Krise bezogenen Policy-Präferenzen und Performanzurteile beziehen sich auf ökonomische Sachverhalte, sodass es nahe liegt, sie – in Übereinstimmung mit einer wichtigen, (polit-)ökonomischen Strömung in den Sozialwissenschaften einschließlich der Ökonomik – als Ergebnis rationaler Kalküle materiell eigennütziger *hominis oeconomici* aufzufassen (klassisch Becker 1976). Demnach bilden Individuen ihre Einstellungen allein anhand einer rationalen Abwägung von (persönlichen) Kosten und Nutzen. Vereinfacht ausgedrückt, werden Personen, die von einer politischen

Entscheidung finanziell profitieren, diese befürworten, während jene, für die damit materielle Kosten verbunden sind, diese ablehnen werden. In der klassischen Forschung zu Einstellungen zur europäischen Integration findet diese Argumentationsfigur ihren Niederschlag unter anderem in Arbeiten, in denen ökonomische Interessen vor allem an sozioökonomischen Merkmalen festgemacht werden. Beispielsweise wird argumentiert, dass eine weitere Liberalisierung der Märkte und Vertiefung der Integration für niedrig gebildete sowie niedrig qualifizierte Personen mit einem geringen Einkommen mit negativen materiellen Konsequenzen verbunden sei, sodass diese Personen der europäischen Integration eher ablehnend gegenüber stehen sollten (z.B. Gabel 1998; McLaren 2002; Lewis-Beck und Nadeau 2011).

Angewandt auf die vorliegende Problemstellung, resultiert daher die Vermutung, dass Transferzahlungen an finanziell bedrängte Euro-Staaten in dieser Krise von Personen unterstützt werden, die sich davon mehr Nutzen als Kosten erwarten können. Im Zuge der Schulden- und Währungskrise sind und waren auch in Deutschland einige Bürger durch den Besitz von Aktien (und Staatsanleihen) direkt von finanziellen Verlusten bedroht (Daniele und Geys 2012: 2). Demnach wäre zu erwarten, dass es im Interesse dieser Personen wäre, dass sich Deutschland an den finanziellen Hilfen für hochverschuldete EU-Mitgliedstaaten beteiligt und somit die Finanzmärkte stabilisiert. Da vor allem Personen mit einem höheren Einkommen über Aktien verfügen, lässt sich auch mit einem steigenden Einkommen eine stärkere Zustimmung erwarten. Transferzahlungen dürften zudem langfristig das verfügbare Haushaltsbudget für nationale Umverteilungsprogramme reduzieren, sodass Risikogruppen wie Arbeitslose, niedrig qualifizierte Beschäftigte und Rentner, die auf diese aktuell oder prospektiv mit größerer Wahrscheinlichkeit angewiesen sind, einer finanziellen Hilfe für verschuldete EU-Staaten eher kritischer gegenüberstehen sollten.

Die Performanz der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin sollten Bürger aus dieser Sicht zuvorderst danach beurteilen, ob es diesen Akteuren gelungen ist, ihnen in dieser Krise ökonomischen Nutzen zu stiften und Schaden von ihnen abzuwenden. Anhaltspunkte dafür können, durchaus im Sinne von Heuristiken, die (wahrgenommene) Wirtschaftsentwicklung in den Krisenjahren liefern. Aber auch die persönliche finanzielle Lage, etwa gemessen am verfügbaren Einkommen, und die Betroffenheit von der Krise könnten sich in der Leistungsbewertung der gouvernementalen Akteure niederschlagen. Die Leistung des oppositionellen Kanzlerkandidaten in der Schulden- und Währungskrise lässt sich weniger auf Handlungen mit realen ökonomischen Konsequenzen beziehen. Daher ist zu vermuten, dass ein ökonomisches Kalkül für die Bewertung von Herrn Steinbrücks Leistung in der europäischen Schulden- und Währungskrise praktisch keine Rolle gespielt haben sollte.

Diesen Hypothesen liegen anspruchsvolle Annahmen zugrunde. Akteure sind demnach willens und in der Lage, Implikationen von Policy-Vorschlägen und Elitenverhalten für ihre eigene (oder die nationale) ökonomische Situation zu erkennen

und diese zur ausschließlichen Grundlage für die Beurteilung von Policies sowie individuellen und kollektiven politischen Akteuren zu machen. Sie urteilen gleichsam *sine ira et studio*, Gefühle, Wertvorstellungen (außer der absoluten Priorität für das (eigene) materielle Wohl), Vertrauen zu politischen Akteuren und andere Faktoren, die das Urteil trüben könnten, spielen keine Rolle. Diese Annahmen erscheinen generell als problematisch,¹ nicht zuletzt jedoch in Bezug auf Bewertungen von Policy-Vorschlägen und Akteursleistungen in der europäischen Schulden- und Währungskrise. Es ist nicht selbstverständlich, dass Bürger die Implikationen von Entscheidungen zu der vergleichsweise komplexen und abstrakten Frage der europäischen Schulden- und Währungskrise für ihre materielle Lage erkennen und motiviert sind, einzig auf dieser Grundlage Bewertungen zu entwickeln (klassisch Sears und Funk 1991). Zudem mindert der Kollektivgutcharakter politischer Entscheidungen diese Motivation eher, als dass er sie steigert (z.B. Chong et al. 2001; Latsis 1976).

2.2 *Symbolische Prädispositionen*

Die europäische Schulden- und Währungskrise wie auch ihre politische und mediale Vermittlung umfassen Elemente, die dazu geeignet sind, leicht zugängliche symbolische Prädispositionen anzusprechen und für den Urteilsbildungsprozess zu aktivieren (siehe generell zum Wandel der EU Hooghe und Marks 2009: 13). Diese Prädispositionen werden relativ früh erworben und bleiben im Lebensverlauf weitgehend stabil (Sears und Funk 1991; Sears 1993), waren also bereits vor Ausbruch der Schulden- und Währungskrise vorhanden. Hier sollen drei Typen von Prädispositionen betrachtet werden (siehe Endres et al. 2014): domänenspezifische Grundorientierungen, kollektive Identitäten sowie personenbezogene Bewertungen.

Domänenspezifische Grundorientierungen können – wie die abstrakteren Wertorientierungen (Goren 2013; Feldman 1988; Converse 1964) – als Heuristiken dienen, die es erleichtern, diverse konkrete Policy-Fragen zu beurteilen. Diese Funktionen können Grundorientierungen leichter erfüllen, wenn auf die entsprechenden Prinzipien in der öffentlichen Kommunikation über Policy-Fragen Bezug genommen wird. Im Falle der europäischen Schulden- und Währungskrise kommen dabei verschiedene Prinzipien in Frage. Die Debatte über Hilfen für hochverschuldete Euro-Staaten wurde nicht selten mit einem Fokus auf ökonomische Prinzipien geführt. Gegen die Gewährung von Finanzhilfen wurde eingewandt, mit einer solchen Intervention werde gegen die im Maastricht-Vertrag niedergelegte No-Bailout-Regel verstoßen und der übermäßigen Anhäufung von Staatsschulden sowie einer Politisierung wirtschaftlicher und währungsbezogener Fragen in der Eurozone eher Vorschub geleistet denn Einhalt

¹ Entscheidet man sich für eine instrumentalistische Position (Friedman 1953), kann diese Problematisierung vermieden werden, allerdings um den Preis eines eingeschränkten Erkenntnispotentials.

geboten. Diese Argumente, die in popularisierter Form (man denke an die rhetorische Bezugnahme auf eherne Regeln schwäbischer Hausfrauen) größere Teile der Bevölkerung erreicht haben dürften, sprechen dafür, dass eine zustimmende Haltung zu staatlicher Umverteilung sowie zu staatlicher Kreditaufnahme eine wohlwollende Bewertung von Transferleistungen an hochverschuldete Euro-Staaten wahrscheinlicher werden lassen sollte.

Für Urteile über Leistungen von Akteuren können prinzipienbezogene Grundorientierungen dann nutzbar gemacht werden, wenn die Akteure zu diesen Prinzipien eindeutig Position beziehen. Im vorliegenden Fall scheint dies nur in eingeschränktem Maße der Fall zu sein. Die Bundesregierung mit Angela Merkel an der Spitze beschritt einen mittleren Weg. Einerseits wurde auf finanzielle Solidität und Schuldenabbau gepocht, was den Akteuren mancherorts einen Austeritätsvorwurf einbrachte. Andererseits wurden verschiedene Hilfsprogramme für in finanzielle Kalamitäten geratene Euro-Staaten mitgetragen, was zur Gründung der Alternative für Deutschland (AfD) beitrug. Sofern beide Tendenzen die Wahrnehmung durch die Bürger in ähnlichem Maße prägten, ist damit zu rechnen, dass auf dieses Prinzip bezogene Grundorientierungen ohne Wirkung auf diese Performanzbewertungen blieben. Dagegen dürfte die strikte Ablehnung neuer öffentlicher Verschuldung zu einer schlechteren Bewertung der Leistung von Peer Steinbrück geführt haben. Denn er und seine Partei wandten sich – im Wahlkampf wie davor – gegen eine strikte europäische Sparpolitik und plädierten für Elemente gemeinsamer Schuldenhaftung und -tilgung (Anders 2014: 69).

In der Schulden- und Währungskrise wurden Hilfsleistungen zwischen europäischen Staaten diskutiert und beschlossen. Daher könnte die Urteilsbildung der Bürger auch von Grundhaltungen zum Verhältnis zwischen eigener und anderen Nationen und Kulturen beeinflusst worden sein. Für Personen am ethnozentrischen Pol dieser Dimension dient die eigene ethnisch oder kulturell definierte Gruppe als gleichsam natürlicher Bezugspunkt und Maßstab, weshalb andere Gruppen schlechter bewertet werden (Kinder und Kam 2009). Politisch relevant ist diese kulturelle Orientierung etwa insofern, als Personen, die kulturelle Vielfalt ablehnen und die eigene Kultur für überlegen halten, in der europäischen Integration eher eine Gefahr für die kulturelle und gesellschaftliche Integrität des Nationalstaates sehen (Kuhn und Stoeckel 2014: 5). Bezogen auf unsere Fragestellung ist anzunehmen, dass ethnozentrische Vorstellungen zu einer kritischen Haltung zu Unterstützungsleistungen an andere Euro-Staaten beitragen. Die Effekte ethnozentrischer Orientierungen auf Performanzbewertungen sollten schwächer ausgeprägt sein als jene auf Policy-Positionen. Denn in letzterem Fall ist relativ einfach erkennbar, dass die Frage nach europäischen Hilfszahlungen einen Bezug zur kulturellen Grundorientierung aufweist. Führende Politiker wie die Bundeskanzlerin nahmen hierzu weniger deutlich Stellung. Sofern Effekte auftreten,

sollten diese darin bestehen, dass eine kritische Haltung gegenüber kultureller Vielfalt eine negativere Bewertung der Leistungen der verschiedenen Akteure begünstigte.

In der öffentlichen Auseinandersetzung über die Euro-Krise wurde in Deutschland unter anderem mit Verweis auf eine Pflicht zur Solidarität unter den EU-Mitgliedern argumentiert (Galpin 2012: 5). Damit wurde an kollektive europäische Identitäten appelliert.² Verfolgt wurde damit das Ziel, diese Identitäten für die Urteilsbildung zu aktivieren und so Personen, die sich als Europäer verstehen, dazu zu bewegen, für Hilfen an überschuldete Euro-Staaten einzutreten (Hooghe und Marks 2009; Risse 2010: Kapitel 1). Sofern diese Vermutung zutrifft, sollte ein starkes Verbundenheitsgefühl mit Europa die Wahrscheinlichkeit steigern, Unterstützungsleistungen an überschuldete Euro-Staaten, als Teil der Binnengruppe (Tajfel und Turner 1979; Tajfel 1981), zu unterstützen.³ Auf die Bewertung der Leistung von Regierung und einzelner deutscher Politiker sollte hingegen eine allenfalls schwache Wirkung auftreten, da sich führende deutsche Politiker durchaus dieses Topos bedienen, aber zugleich nicht vergaßen, als Sachverwalter nationaler Interessen aufzutreten.

Neben territorialen Identitäten könnten auch Parteiidentitäten auf Performanzurteile und Policy-Präferenzen in der Schulden- und Währungskrise eingewirkt haben. Auch sie beeinflussen Informationsverarbeitungsprozesse im Sinne einer Bevorzugung von Mitgliedern der Binnengruppe (z.B. Bartels 2002; Falter et al. 2000; Green et al. 2002; Sniderman und Stiglitz 2012). Nicht zuletzt machen sie es Parteianhängern leichter, die von Parteiliten vertretene Positionen zu Policy-Fragen zu übernehmen (z.B. Ray 2003). Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Parteien öffentlich wahrnehmbar eindeutige (und kontroverse) Standpunkte einnehmen. Im Falle der europäischen Schulden- und Währungskrise lag diese Voraussetzung nur bedingt vor. Die neu gegründete AfD bezog zwar sehr prononciert Position (Schmitt-Beck 2014), doch erscheint es fragwürdig, dass in diesem Fall mehrheitlich Parteibindungen Policy-Positionen von Bürgern beeinflussten – und nicht umgekehrt Policy-Urteile parteibezogene Einstellungen. Die bis 2013 im Bundestag vertretenen Parteien dagegen bezogen nicht derart prononciert Position, sodass Bürgern die Übernahme von Positionen daher schwer gefallen sein dürfte. Es sind demnach nur geringe oder keine Effekte von Parteibindungen auf die Haltung zu Finanzhilfen an hochverschuldete Euro-Staaten zu erwarten. Auf die Urteile über die Performanz von Regierung und führenden Politikern sollten hingegen starke Effekte ausgehen, da in diesem Fall zwischen Parteibindungen und Einstellungsobjekten offensichtliche Verbindungen bestehen und daher

² Das konzeptionelle Verhältnis zwischen der im vorangegangenen Absatz behandelten kulturellen Grundorientierung und territorialen Identitäten kann an dieser Stelle nicht ausführlich diskutiert werden.

³ In dieser Hypothese steckt die empirische Prämisse, die Bedeutungsdimension (Abdelal et al. 2006) der europäischen Identität sei insofern konstant, als die betreffenden Staaten und Völker als Teil der Binnengruppe gelten.

Parteibindungen für motivated reasoning (Kunda 1990; Lodge und Taber 2013) sorgen und eine heuristische Funktion erfüllen können.

Schließlich können auch affektive Urteile über Politiker die Meinungsbildung der Bürger über die Schulden- und Währungskrise beeinflussen. Politiker bestimmen die deutsche oder europäische Debatte über die Staatsschulden- und Währungskrise an führender Stelle, formulieren Positionen und Argumente und beeinflussen schließlich diesbezügliche Entscheidungen öffentlich wahrnehmbar.⁴ Dieses Handeln von Politikern in der europäischen Schulden- und Währungskrise und die Berichterstattung darüber können auf Bürgerurteile über diese Politiker eingewirkt haben. Affektive Orientierungen gegenüber Elitenakteuren können umgekehrt aber auch die Urteilsbildung über das politische Geschehen beeinflussen. Prozesse des motivated reasoning (Kunda 1990; Lodge und Taber 2013) sorgen dafür, dass Informationen über einen Akteur entsprechend den akteursbezogenen Affekten verzerrt verarbeitet werden. Im Ergebnis wird etwa einer beliebten Person eher eine gute Leistung attestiert. Positive Affekte gegenüber einem politischen Akteur können aber auch dazu führen, dass von ihm vertretene Positionen von Bürgern bereitwillig übernommen werden (analog etwa Ray 2003).

Effekte von Politikerbewertungen auf andere politische Urteile erscheinen dann plausibel, wenn Bürger bereits Gelegenheit hatten, sich zu den Akteuren ein stabiles Urteil zu bilden. Im Falle der europäischen Staatsschulden- und Währungskrise sollte diese Voraussetzung in Bezug auf (wenigstens) drei deutsche Politiker erfüllt sein.⁵ Zum einen Angela Merkel, die seit 2000 als CDU-Vorsitzende und seit 2005 als Bundeskanzlerin große öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht. Zu ihr dürften etliche Bürger eine klare Vorstellung und eine relativ stabile Einstellung entwickelt haben. Gleiches gilt zum anderen möglicherweise auch für Wolfgang Schäuble und Peer Steinbrück. Beide sind den Bürgern schon länger als prominente politische Akteure vertraut und eröffneten diesen die Möglichkeit, nicht nur flüchtige Eindrücke, sondern eher stabile Vor- und Einstellungen zu entwickeln. Daher ist anzunehmen, dass auf diese Politiker bezogene affektive Bewertungen ebenfalls ein gewisses Maß an Stabilität aufweisen und sich in den jeweiligen Performanzurteilen niederschlagen. Ein Einfluss dieser personenbezogenen Affekte auf die Policy-Präferenz sollte dagegen gering sein, da keiner dieser drei Akteure in der Öffentlichkeit eine eindeutig befürwortende bzw. ablehnende Haltung gegenüber der EU-Hilfen eingenommen hat.

Zusammengenommen argumentieren wir, dass vor allem domänenspezifische Grundorientierungen, kollektive Identitäten sowie personenbezogene Bewertungen die

⁴ Die Frage, inwieweit Politiker hier als prototypische Gruppenmitglieder fungieren und daher Identitätsprozesse beeinflussen, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden (siehe z.B. Hogg 2001).

⁵ Die Tatsache, dass es sich um eine Krise handelte, die eine internationale Konfliktdimension umfasst, könnte zu „rally around the flag“ (Mueller 1970, 1985) und damit zu einer Popularitätssteigerung insbesondere der Regierungschefin beigetragen haben.

zentralen Faktoren für die Erklärung von auf die Euro-Krise bezogene Policy-Präferenzen und Performanzurteile sind. Dies wird nicht zuletzt dadurch gefördert, dass die stark symbolisch aufgeladene Kommunikation über die Verschuldungskrise und die Komplexität des Themas die Nutzung von Heuristiken zur Urteils- und Präferenzbildung begünstigt haben sollte. Ein starker Einfluss dieser Prädispositionen würde darauf hindeuten, dass theoretische Ansätze, die bei der Erklärung von auf ökonomische Krisen bezogene Präferenzen und Performanzurteilen lediglich auf ökonomische Kalküle abzielen, zu kurz greifen.

3. Daten und Methoden

In unserer Analyse verwenden wir Daten aus den GLES-Wahlkampf-Panelstudien 2009 und 2013.⁶ Es stehen in beiden Panels jeweils sieben Wellen zur Verfügung, sechs Wellen kurz vor- und eine unmittelbar nach der Bundestagswahl 2009 bzw. 2013. Diese wurden mittels Online-Befragungen von Mitgliedern eines Online-Access-Panels erhoben, sodass die Verallgemeinerbarkeit der Befunde möglicherweise gemindert ist. Besonders interessant für unsere Untersuchung sind jene Befragte, die an beiden Panels teilgenommen haben (N= 1025).⁷ Für diese Personengruppe kann zum einen geprüft werden, inwiefern Prädispositionen tatsächlich langfristig stabile Erklärungsgrößen darstellen, und zum anderen kann sichergestellt werden, dass alle unabhängigen Variablen in den Regressionen den abhängigen Variablen Policy-Position und Performanzurteile zeitlich vorgelagert sind. Insbesondere ermöglichen es diese Daten, Prädispositionen, also etwa Grundorientierungen und Identitäten, ausschließlich mit Informationen aus dem Jahr 2009 zu messen, und damit zu einem Zeitpunkt, als die europäische Staatsschulden- und Währungskrise noch nicht ausgebrochen war. Diese

⁶ Die verwendeten Daten aus den zusammengeführten Wahlkampfstudien 2009 und 2013 wurden von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften zugänglich gemacht (ZA5757). Die Studien wurde von Prof. Dr. Hans Rattinger (Universität Mannheim), Prof. Dr. Sigrid Roßteutscher (Universität Frankfurt), Prof. Dr. Rüdiger Schmitt-Beck (Universität Mannheim), Prof. Dr. Bernhard Weßels (Wissenschaftszentrum Berlin) und Prof. Dr. Christof Wolf (GESIS) geleitet und in enger Zusammenarbeit mit GESIS und der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung durchgeführt sowie für die Analyse aufbereitet und dokumentiert. Weder die genannten Personen noch die Institute tragen Verantwortung für die Analyse oder Interpretation der Daten in diesem Aufsatz.

⁷ Dies verdankt sich dem glücklichen Zufall, dass einige bereits im Jahr 2009 befragte Personen in die Stichprobe zur Wahl 2013 aufgenommen wurden, ohne dass eine beide Wahlen umfassende Wiederholungsbefragung intendiert gewesen wäre. Weiterführende Analysen zeigen, dass sich die 2013 wiederbefragten Personen von den anderen Teilnehmern am Wahlkampfpanel 2009 durch eine etwas höhere formale Bildung und stärkere politische Involvierung unterscheiden. Bei ihnen sind die Messwerte der 2009 erhobenen Einstellungsvariablen über die verschiedenen Panelwellen hinweg geringfügig stabiler als bei den Personen, die 2013 nicht erneut befragt wurden. In Anbetracht der relativ kleinen Unterschiede ist nicht damit zu rechnen, dass die Wiederbefragung eines kleinen Ausschnitts aus der ursprünglichen Stichprobe des Jahres 2009 zu wesentlichen Verzerrungen führt.

Indikatoren erlauben es somit, diese Prädisposition so zu messen, dass – anders als mit anderen Forschungsdesigns – deren Exogenität zum Krisengeschehen und der darauf bezogenen Urteilsbildung nicht nur behauptet wird.

Die Policy-Präferenz wird durch eine Frage nach der Zustimmung zu einer deutschen Beteiligung an finanziellen Hilfen für verschuldete EU-Mitgliedstaaten operationalisiert. Die Befragten konnten sich auf einer 7-stufigen Skala zwischen (0) »gegen eine Beteiligung Deutschlands« und (1) »für eine Beteiligung Deutschlands« einordnen. Für die Performanzurteile wurden Angaben zur Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung, von Angel Merkel und Peer Steinbrück in der Währungs- und Schuldenkrise verwendet. Die 5-stufigen Originalvariablen wurden für die Analysen so verändert, dass der Wert 0 eine sehr geringe und der Wert 1 eine sehr hohe Zufriedenheit anzeigt. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich wird, veränderte sich die durchschnittliche Zustimmung zu finanziellen Hilfen an andere EU-Staaten wie auch die Performanzzufriedenheit zwischen der dritten, fünften und siebten Welle des Wahlkampfpanels 2013 allenfalls marginal zum Positiven. Die Mittelwerte deuten auf eine tendenziell ablehnende Haltung bezüglich der EU-Hilfen hin. Die durchschnittlichen Performanzurteile sprechen ebenfalls dafür, dass es in der Bevölkerung durchaus eine kontroverse Meinung zu den EU-Hilfen und dem aktuellen Krisenmanagement der politischen Eliten gibt. Für die folgenden Analysen verwenden wir die Messwerte aus der siebten Welle des Wahlkampfpanels 2013.

- Tabelle 1 etwa hier –

In Anlehnung an vorherige Studien werden materielle Eigeninteressen im Kontext der Schulden- und Währungskrise mithilfe sozioökonomischer Merkmale operationalisiert. Diese Messung belastet die Analyse unvermeidlich mit einer Reihe zusätzlicher Annahmen über Zusammenhänge zwischen objektiven materiellen Interessen und entsprechend ausgerichteten Wahrnehmungen, die nicht direkt überprüft werden können. Neben Dummy-Variablen für ein geringes bzw. ein mittleres Haushaltsnettoeinkommen sowie eine Dummy-Variable für Personen, die das Abitur oder einen höheren Abschluss aufweisen, geht der Beschäftigungsstatus in die Regressionen ein. Dieser wird unterteilt nach Arbeitern, Angestellten, Beamten, Rentnern und Arbeitslosen, mit Selbstständigen als Referenzkategorie. Zudem fließt auch eine Variable ein, die abbildet, wie stark sich die Befragten auf einer 5-stufigen Skala persönlich von der Verschuldungskrise betroffen fühlen. Die retrospektive Bewertung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sowie die der persönlichen wirtschaftlichen Lage werden mit Fragen nach der Entwicklung der nationalen Wirtschaft bzw. der persönlichen finanziellen Situation in den letzten ein bis zwei Jahren erfasst. Dafür wurden die beiden 5-stufig skalierten Originalvariablen so umkodiert, dass ein hoher Wert für eine wahrgenommene Verbesserung und ein

niedriger für eine Verschlechterung steht. Als Kontrollvariablen dienen das Alter sowie eine Dummy-Variable für das Geschlecht. Diese Variablen wurden den Wellen eins, drei bzw. vier des Wahlkampfpanels 2013 entnommen.

Indikatoren für politische Prädispositionen stammen aus der Erhebung im Jahr 2009, also vor der europäischen Schulden- und Währungskrise. Um wirtschaftspolitische Grundorientierungen zu messen, wurden zwei Variablen in die Regressionen aufgenommen, die die klassische sozioökonomische Konfliktlinie abbilden. Die erste misst die Zustimmung zu mehr Sozialleistungen und höheren Steuern und die zweite die Befürwortung von Staatsschulden. Kulturelle Grundorientierungen wurden mit Hilfe der beiden Items »der Zuzug von Ausländern soll eingeschränkt werden« und »Ausländer sollen sich an die Kultur in Deutschland anpassen« gemessen. Ein höherer Wert steht für eine stärkere Ablehnung kultureller Vielfalt.

Die territoriale Identität wird mittels einer Variable für die Stärke der Verbundenheit mit der Europäischen Union und einer weiteren für die Stärke der Verbundenheit mit Deutschland gemessen. Die Befragten konnten sich auf einer 4-stufigen Skala von (0) »gar nicht verbunden« bis (1) »sehr verbunden« einordnen. Als weitere Variable zur Messung kollektiver Identitäten wurde die Parteiidentifikation mit den Unionsparteien, der SPD und den Grünen aufgenommen. Die affektive Verbundenheit mit der Linken und der FDP müssen aufgrund zu niedriger Fallzahlen unberücksichtigt bleiben. Der Wert 0 steht für eine fehlende und der Wert 1 für eine sehr starke Identifikation mit der jeweiligen Partei. Der Einfluss akteursbezogener Affekte wird durch drei Variablen operationalisiert, die jeweils die Bewertung von Angela Merkel, Wolfgang Schäuble und Peer Steinbrück auf einer 11-stufigen Skala anzeigen.

Um die Annahme zu prüfen, dass es sich bei den Prädispositionen tatsächlich um langfristig relativ stabile Merkmale handelt, wurden für die vorliegenden Indikatoren aus den Wellen in 2009 und 2013 konfirmatorische Faktorenanalysen durchgeführt.⁸ Sie zeigen für die Parteiidentifikation, die Politikerbewertungen, die Verbundenheit mit der EU und Deutschland sowie die Zustimmung zur Umverteilung und zu einer kulturellen Vielfalt eine hohe zeitliche Stabilität. Die Faktorladungen weisen durchgehend einen Wert über 0,6 auf. Jedoch korrelieren die Fehlerterme innerhalb der Wellen der beiden Wahlkampfpanels stärker, was darauf hindeutet, dass während der Umfragezeiträume 2009 bzw. 2013 noch andere Randeffekte die Bewertungen beeinflussten. Werden diese Korrelationen zwischen den Residuen eines Panels zugelassen, erreichen auch alle Modellgütekriterien zufriedenstellende Werte. Da andernfalls Fallzahlprobleme auftraten und da nicht alle Variablen im Wahlkampfpanel 2009 in einer hinreichend hohen Anzahl von Wellen abgefragt wurden, um Faktorenanalysen zu errechnen, wird auf die Verwendung der Faktorwerte in der weiteren Analyse verzichtet. Stattdessen gehen diese Variablen als Durchschnittsindizes in die Regressionen ein, die aus den

⁸ Die detaillierten Ergebnisse der konfirmatorischen Faktorenanalysen und die Operationalisierungen der Variablen sind im Online-Anhang und in der Replikationssyntax beschrieben.

verfügbaren Items in den verschiedenen Wellen im Wahlkampfpanel 2009 gebildet wurden.⁹

4. Empirische Befunde

Um die Bedeutung ökonomischer Interessenkalküle und symbolischer Prädispositionen für die Policy-Präferenz und Performanzurteile in der europäischen Schulden- und Währungskrise zu untersuchen, verwenden wir OLS- bzw. ordinale logistische Regressionen. Als abhängige Variablen dienen die Haltung zur deutschen Beteiligung an EU-Hilfen sowie zur Performanz der Bundesregierung, Angela Merkels und Peer Steinbrücks in der Schulden- und Währungskrise.¹⁰ Die Ergebnisse für die Einstellungen zu EU-Hilfen sind in Tabelle 2 zusammengestellt, diejenigen für die Performanzurteile in Tabelle 3. Dabei fällt die niedrige Anzahl von Beobachtungen in den Modellen ins Auge. Sie ergibt sich aus der Entscheidung, ausschließlich Personen zu betrachten, die an den Befragungen 2009 und 2013 teilgenommen haben, mit dem Ziel, den Einfluss der langfristig stabilen Einflussfaktoren zu prüfen. Da die Logit-Regressionskoeffizienten für die Performanzurteile in Tabelle 3 intuitiv schwer zugänglich sind, werden in Abbildung 1 für die signifikanten Koeffizienten die jeweiligen durchschnittlichen marginalen Effekte grafisch dargestellt.

- Tabelle 2 und 3 etwa hier -

Beginnen wir mit den Indikatoren zur Messung ökonomischer Interessen. Der Beschäftigungsstatus und die formale Bildung bleiben praktisch ohne jegliche Wirkung auf die betrachteten policy- und aktorsbezogenen Bewertungen. Lediglich Rentner äußern im Vergleich zu Selbstständigen ein schwaches, aber signifikant positiveres Urteil über Steinbrücks Leistungen. Personen, die sich von der Krise stärker betroffen fühlen, sind mit der Performanz von Merkel tendenziell eher unzufrieden und lehnen finanzielle Hilfen für andere verschuldete Staaten ab. Welche Art von Betroffenheit bei diesen Personen konkret vorliegt, die dieser ablehnenden Haltung zugrunde liegt, bleibt offen. Zudem zeigt auch das verfügbare Haushaltseinkommen einen Effekt. Personen mit einem niedrigen und mittleren Einkommen sprechen sich im Vergleich zu jenen mit einem hohen Einkommen eher gegen eine deutsche Beteiligung an finanziellen Transfers an verschuldete EU-Staaten aus. Ebenfalls wie erwartet erfolgt die Beurteilung der Leistungen der Bundesregierung und der amtierenden Kanzlerin in der

⁹ Die Haltung gegenüber Staatsverschuldung wurde 2009 nur in der fünften Welle abgefragt, sodass hier kein Mittelwertindex gebildet werden konnte.

¹⁰ Die vorliegende Fragestellung macht es verzichtbar, wechselseitige Effekte von Policy-Präferenzen und policyspezifischen Performanzbewertungen zu analysieren.

Krise unter anderem auf Grundlage der wahrgenommenen Entwicklung der Wirtschaft in den letzten Jahren. Zudem zeigt auch die Entwicklung der persönlichen finanziellen Lage für die Bewertung der Bundesregierung in der Verschuldungskrise einen signifikant positiven Einfluss. Das heißt, eine positive Bewertung der nationalen bzw. persönlichen wirtschaftlichen Entwicklung spiegelt sich auch in deutlich höherer Zufriedenheit mit der Performanz der Exekutive im Krisenmanagement wider (siehe Abbildung 1). Die Haltung zu Transferleistungen bleibt allerdings auch davon unberührt. Es finden sich also, analog zum Economic Voting (Fiorina 1981; Kinder und Kiewiet 1979; Kramer 1971), durchaus Anhaltspunkte für die Relevanz ökonomischer Interessen für die Urteilsbildung.

Wenden wir uns nun der Frage zu, inwieweit die im Jahr 2009 gemessenen domänenspezifischen Grundorientierungen die Urteilsbildung beeinflussten. Wie Tabelle 2 und 3 zu entnehmen ist, trägt die Haltung zu staatlicher Umverteilung in keinem Modell zur Erklärung der abhängigen Variablen bei. Dieses auf nationalstaatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zugeschnittene Prinzip scheint für die Bürger nicht auf die europäische Ebene übertragbar gewesen zu sein. Anders verhält es sich mit der Haltung zur staatlichen Kreditaufnahme. Je stärker eine Staatsverschuldung gutgeheißen wird, desto größer ist auch die Zustimmung zu einer deutschen Beteiligung an finanziellen Transferleistungen an verschuldete Staaten und desto positiver fällt das Urteil zu Peer Steinbrücks Performanz in der Krise aus. In der Bewertung der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin schlägt sich die Einstellung zur staatlichen Schuldenaufnahme nicht nieder. Damit entsprechen die Ergebnisse unseren Vermutungen und deuten darauf hin, dass verschuldungsbezogene Grundorientierungen die Urteilsbildung beeinflussten.

Daneben spielte die Haltung zu kultureller Vielfalt eine wichtige Rolle. Eine ablehnende Haltung zu kultureller Vielfalt in Deutschland sorgt dafür, dass Befragte eine deutsche Beteiligung an Finanzhilfen deutlich kritischer sehen. Gleichgerichtete, aber wesentlich schwächere Einflüsse gehen von dieser Orientierung auch auf die Leistungsbewertung der Regierung aus. Hingegen erreichen die negativen Koeffizienten in den Modellen zur Bewertung von Angela Merkels und Peer Steinbrücks Leistungen nicht konventionelle Niveaus statistischer Signifikanz. Demnach spielten bei etlichen Befragten offenbar ethnozentrisch motivierte Vorbehalte eine Rolle bei der Bewertung von Transferleistungen und der Leistung der Exekutive. Besonders deutlich wird dies bei der Policy-Präferenz. Eine Aversion gegen öffentliche Kreditaufnahme mindert die Zustimmung zu Finanzhilfen deutlich, wesentlich stärker fällt jedoch die Aversion gegen andere Kulturen ins Gewicht (siehe Tabelle 2). Zugespitzt formuliert, war es offenbar wichtiger, dass anderen Staaten geholfen werden sollte, als dass dadurch die Haushaltsdisziplin in Frage gestellt werden könnte. Diese Folgerung wird durch die Befunde zur territorialen Identität, gemessen an der Verbundenheit mit der EU und mit Deutschland, zusätzlich unterstützt. Denn je stärker sich Befragte mit der EU verbunden

fühlen, desto größer fällt auch die Zustimmung für eine deutsche Beteiligung an Hilfen für andere EU-Staaten aus. In den übrigen Fällen bleiben die entsprechenden Regressionskoeffizienten unter der Schwelle statistischer Signifikanz.¹¹

- Abbildung 1 etwa hier -

Umgekehrt sollte die Identifikation mit einer Partei - aufgrund der fehlenden eindeutigen Positionierung der Parteien - nur einen Einfluss auf die Performanzurteile aufweisen, nicht aber auf die Policy-Präferenz. Tatsächlich scheint, die Vermutung bestätigt zu werden, dass in der Bevölkerung in Bezug auf die Union, die SPD und die Grünen keine klare ablehnende oder befürwortende Haltung zu den EU-Hilfen wahrgenommen wurde. Dagegen haben Parteibindungen bei der Performanzbewertung der Bundesregierung, der Bundeskanzlerin und Steinbrücks in der Schulden- und Währungskrise einen signifikanten Einfluss. Eine stärkere Parteiidentifikation mit der Union erhöht die Zufriedenheit mit der Performanz der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin, und zwar im Vergleich zu den Personen in der Residualkategorie (also in erster Linie Personen ohne Parteiidentifikation), erst recht aber im Vergleich zu Anhängern der Grünen. Für die SPD-Bindung lässt sich – wie erwartet – ein deutlich positiver Einfluss auf die Bewertung Steinbrücks, im Vergleich zu den Personen in der Residualkategorie, nachweisen. Langfristige Parteibindungen spielen also eine Rolle, und zwar nach dem erwarteten Muster.

Die Ergebnisse sprechen ebenfalls dafür, dass personenbezogene Bewertungen in die Urteilsbildung einfließen. Im Einklang mit unseren Vermutungen gingen von Einstellungen zu Angela Merkel im Jahr 2009 erhebliche Einflüsse auf die im Jahr 2013 gemessenen Urteile zu den Leistungen von Bundeskanzlerin und -regierung in der Schulden- und Währungskrise aus. Wie Abbildung 1 zu entnehmen ist, handelt es sich dabei sogar um die deutlich stärksten Einflüsse auf diese Performanzbewertungen. Das deutet darauf hin, dass in diesen Leistungsbewertungen zu einem beträchtlichen Teil auf Frau Merkel bezogene Affekte stecken. Wie Tabelle 3 auch zeigt, ging zudem von der im Jahr 2009 gemessenen Bewertung Wolfgang Schäubles ein eigenständiger Effekt auf die Bewertung der Regierungsleistung aus. Ebenfalls in Übereinstimmung mit unseren Vermutungen stellen wir erhebliche positive Effekte von im Jahr 2009 gemessenen Bewertungen Peer Steinbrücks auf dessen krisenbezogene Leistung fest. Auch in diesem Fall färbten offenbar personenbezogene Affekte die Urteilsbildung.

Entgegen unseren Vermutungen haben akteursbezogene Affekte jedoch auch einen, wenn auch bescheidenen, Einfluss auf die Zustimmung zur deutschen Beteiligung an EU-Finanztransfers. Der positive Einfluss des affektiven Urteils zu Merkel auf die

¹¹ Weiterführende Analysen weisen – in Einklang mit den in Fußnote 2 angeführten konzeptuellen Unklarheiten – auf eine gewisse empirische Überlappung zwischen den Identitätsindikatoren mit den Indikatoren für die Haltung zu kultureller Vielfalt hin.

Policy-Präferenz lassen vermuten, dass zum einen wahrgenommen wurde, dass sie sich größtenteils für die Hilfen ausgesprochen hat, und zum anderen, dass ihre Position zur Urteilsbildung herangezogen wurde. Bedenkt man, dass Angela Merkel im Jahr 2009 leicht positiv bewertet wurde, deuten diese Effekte darauf hin, dass dank dieser Einflüsse die deutsche Beteiligung an Hilfen für finanziell in Not geratene Euro-Staaten von den Bürgern im Jahr 2013 geringfügig wohlwollender beurteilt wurde.

Der Eindruck, ökonomische Kalküle spielten eine weniger wichtige Rolle als symbolische Prädispositionen, bestätigt sich, wenn man die Erklärungsbeiträge dieser Variablenbündel summarisch betrachtet. Wie die entsprechenden Werte in den unteren Teilen von Tabelle 2 und 3 zeigen, tragen die Indikatoren für symbolische Prädispositionen wesentlich mehr als die Indikatoren für ökonomische Kalküle dazu bei, Unterschiede zwischen den Befragten in der Ausprägung von Policy-Präferenzen und Leistungsbewertungen zu erklären. Im Falle der Performanzurteile ist der eigenständige Erklärungsbeitrag der ökonomischen Indikatoren sehr klein; die Erklärungsleistung geht wesentlich auf das Konto der Prädispositionen. Bei der Policy-Orientierung spielen die ökonomischen Indikatoren eine etwas größere Rolle, doch stehen sie auch hier deutlich im Schatten der symbolischen Prädispositionen. Diese außer Acht zu lassen, wenn auf die europäischen Schulden- und Währungskrise bezogene Policy-Präferenzen und Performanzurteile erklärt werden sollen, hieße demnach, ein verzerrtes Bild von der Realität zu zeichnen.

5. Schluss

Im vorliegenden Aufsatz sind wir der Frage nachgegangen, inwieweit auf die Euro-Krise bezogene Policy-Präferenzen und Performanzurteile von symbolischen Prädispositionen beeinflusst wurden, die nicht auf ein enges ökonomisches Nutzenkalkül zurückgeführt werden können. Unsere Analysen von Paneldaten zeigen, dass im Jahr 2009 und damit vor dem Ausbruch der Schulden- und Währungskrise gemessene Prädispositionen in bei der Bundestagswahl verhaltensrelevanten Policy-Präferenzen und Performanzurteile ihren Niederschlag fanden. Schlösse man symbolische Prädispositionen von der Analyse aus, würden wichtige Triebkräfte der Urteilsbildung ausgeblendet. Berücksichtigt man die Genese der wahlverhaltensrelevanten Einstellungen zur Schulden- und Währungskrise, kann man darauf bezogenes performanz- und positionsbezogenes Issue-Wählen schwerlich als schwieriges ökonomisches Nutzenkalkül charakterisieren (siehe klassisch Sears et al. 1979, 1980; Carmines und Stimson 1980).

Die Einflüsse von Prädispositionen variieren systematisch zwischen Policy-Präferenzen und Performanzbewertungen. Policy-Präferenzen werden von bereichsspezifischen Grundorientierungen und – in geringerem Maße –

politikerbezogenen Bewertungen vorstrukturiert, nicht jedoch von Parteibindungen. Für Performanzbewertungen erwiesen sich Parteibindungen und politikerbezogene Bewertungen dagegen als wesentlich wichtiger als bereichsspezifische Grundorientierungen. Dieses Muster deutet darauf hin, dass Bürger sich bei der Entwicklung von Präferenzen zu finanziellen Transfers an abstrakteren Prinzipien orientierten und sich in geringerem Maße direkt von akteursbezogenen Affekten leiten ließen. Individuelle und kollektive politische Akteure scheinen die Positionierung der Bürger nicht sehr stark dadurch beeinflusst zu haben, dass sie bestimmte Standpunkte einnahmen. Das schließt nicht aus, dass diese Akteure durch die Verwendung bestimmter Interpretationsangebote die Meinungsbildung doch beeinflussen konnten. Dies lässt sich mit unseren Daten allerdings nicht abschließend klären. Anders verhält es sich mit der Performanzbewertung. Hier spielen policy-bezogene Grundorientierungen eine allenfalls nachgeordnete Rolle, während akteursbezogene Affekte in den Vordergrund treten. Dazu dürfte einerseits der unmittelbare Akteursbezug von Performanzbewertungen beitragen, andererseits die Schwierigkeiten von Bürgern, die Leistungen von Regierungen und einzelnen Politikern zu beurteilen.

Die vorgestellten Ergebnisse zu Policy-Präferenzen und Performanzbewertungen im Zusammenhang mit der europäischen Schulden- und Währungskrise beziehen sich auf einen spezifischen Gegenstand und Kontext, erlauben jedoch durchaus Folgerungen, die darüber hinausweisen. Bewertungen der wirtschaftlichen Performanz und wirtschaftspolitischer Vorschläge dürften auf prinzipiell ähnliche Weise zustande kommen, wie es für die betrachteten Urteile gezeigt wurde. Die kognitiven Anforderungen sind ähnlich hoch. In der öffentlichen Kommunikation über diese Fragen spielen prominente Politiker, auch als Parteivertreter, eine herausragende Rolle, die – nicht zuletzt mit Blick auf ihre Wählerwirksamkeit – Debatten symbolisch aufladen. So können beispielsweise in Debatten über handelspolitische Fragen abstrakte Prinzipien und (positive oder negative) Vorurteile über mögliche Handelspartner vorgebracht werden, wie auch Affekte gegenüber den politischen Akteuren, die bestimmte Positionen vertreten, ins Spiel kommen können. Analog können in Diskussionen über die Regulierung von Finanzmärkten oder staatliche Umverteilung Gerechtigkeitsvorstellungen und (positive oder negative) Vorurteile gegenüber Banken, Hartz IV-Empfängern und anderen Akteuren im Wirtschaftsprozess eine wesentliche Rolle spielen. Auch Urteile über ökonomische Sachfragen kommen somit in einem hochpolitisierten kommunikativen Kontext zustande, der die Urteilsbildung von Bürgern nicht unberührt lässt.¹² Wie genau die Wirkungen aussehen, das ist freilich in jedem Einzelfall empirisch zu klären.

¹² In der Literatur zur Rolle ökonomischer Sachverhalte bei der Wahlentscheidung findet diese Tatsache ihren wesentlichen Niederschlag in der statistischen Kontrolle von Parteibindungen (z.B. Pickup und Evans 2013).

Wie wohl in jeder empirischen Analyse sind auch die hier vorgelegten Ergebnisse mit bestimmten Einschränkungen konfrontiert. Neben den Einschränkungen, die aus der Analyse eines Falles in einer bestimmten Gesellschaft resultieren, weisen wir darauf hin, dass in einigen Fällen auf problembehaftete Indikatoren zurückgegriffen werden musste. Exemplarisch sei hier auf die Messung kollektiver Identitäten in der politischen Urteilsbildung hingewiesen. Künftige Arbeiten sollten hierzu bessere Indikatoren entwickeln. Darüber hinaus beruhen unsere Analysen auf Daten aus einer Onlinebefragung von Mitgliedern eines Online-Access-Panels, sodass eine beliebige Verallgemeinbarkeit nicht ohne weiteres möglich ist. Zukünftig sollten daher noch häufiger langfristig angelegte Wiederholungsbefragungen zu politischen Inhalten durchgeführt werden, die es erlauben, Meinungsbildungsprozesse angemessen abzubilden und anderweitig gewonnene Befunde zu validieren.

Literaturverzeichnis

- Anders, Lisa Helene (2014): Wen kümmert schon Europa? Europa als Wahlkampfthema bei der Bundestagswahl 2013. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (1), S. 55-72.
- Abdelal, Rawi/Herrera, Yoshiko M./Johnston, Alastair Iain/McDermott, Rose (2006): Identity as a Variable. In: *Perspectives on Politics* 4 (4), S. 695–711.
- Bartels, Larry M. (2002): Beyond the Running Tally: Partisan Bias in Political Perceptions. In: *Political Behavior* 24 (2), S. 117–150.
- Becker, Gary S. (1976): *The Economic Approach to Human Behavior*. Chicago: University of Chicago Press.
- Carmines, Edward G./Stimson, James A. (1980): The Two Faces of Issue Voting. In: *The American Political Science Review* 74 (1), S. 78–91.
- Chong, Dennis/Citrin, Jack/Conley, Patricia (2001): When Self-Interest Matters. In: *Political Psychology* 22 (3), S. 541–570.
- Converse, Philip E. (1964): The Nature of Belief Systems in Mass Publics. In: Apter, David (Hrsg.): *Ideology and Discontent*. New York: Free Press, S. 206–261.
- Daniele, Gianmarco/Geys, Benny (2012): *Public Support for Institutionalised Solidarity: European's Reaction to the Establishment of Eurobonds*. Social Science Research Center (WZB), Discussion Paper SP II 2012-112.
- Endres, Fabian/Schoen, Harald/Rattinger, Hans (2014): Außen- und Sicherheitspolitik aus Sicht der Bürger. Theoretische Perspektiven und ein Überblick über den Forschungsstand. In: Biehl, Heiko/Schoen, Harald (Hrsg.): *Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger*. Wiesbaden: Springer VS, S. 39–65.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald/Caballero, Claudio (2000): Dreißig Jahre danach: Zur Validierung des Konzepts 'Parteiidentifikation' in der Bundesrepublik. In: Klein, Markus/Jagodzinski, Wolfgang/Mochmann, Ekkehard/Ohr, Dieter (Hrsg.): *50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 235–271.
- Feldman, Stanley (1988): Structure and Consistency in Public Opinion: the Role of Core Beliefs and Values. In: *American Journal of Political Science* 32 (2), S. 416–440.
- Fiorina, Morris P. (1981): *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Friedman, Milton (1953): The Methodology of Positive Economics. In: Friedman, Milton (Hrsg.): *Essays in Positive Economics*. Chicago: University of Chicago Press, S. 3–43.

- Gabel, Matthew (1998): *Interests and Integration: Market Liberalization, Public Opinion, and European Union*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Galpin, Charlotte (2012): *Unity or Disunity? Conceptualising Change in European Identity Discourses During the Eurozone Crisis*. Konferenzpapier für den Workshop «European Identity in Times of Crisis: Sociological Perspectives on Identification with Europe in Turbulent Times», 11.-12. Juni 2012, European University Institute, Florenz.
- Goren, Paul (2013): *On Voter Competence*. Oxford: Oxford University Press.
- Green, Donald/Palmquist, Bradley/Schickler, Eric (2002): *Partisan Hearts and Minds: Political Parties and the Social Identities of Voters*. New Haven: Yale University Press.
- Hogg, Michael A. (2001): A Social Identity Theory of Leadership. In: *Personality and Social Psychology Review* 5 (3), S. 184–200.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2009): A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. In: *British Journal of Political Science* 39 (1), S. 1–23.
- Kinder, Donald R./Kam, Cindy D. (2009): *Us against Them: Ethnocentric Foundations of American Public Opinion*. Chicago: University of Chicago Press.
- Kinder, Donald R./Kiewiet, D. Roderick (1979): Economic Grievances and Political Behavior: The Role of Personal Discontents and Collective Judgments in Congressional Voting. In: *American Journal of Political Science* 23 (3), S. 495–527.
- Kramer, Gerald H. (1971): Short-Term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896-1964. In: *American Political Science Review* 65 (1), S. 1131–1143.
- Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezahl, Martin/Bornschier, Simon/Frey, Timotheos (Hrsg.) (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kuhn, Theresa/Stoeckel, Florian (2014): When European Integration Becomes Costly: The Euro Crisis and Public Support for European Economic Governance. In: *Journal of European Public Policy* 21 (4), S. 624–641.
- Kunda, Ziva (1990): The Case for Motivated Reasoning. In: *Psychological Bulletin* 108 (3), S. 480–498.
- Latsis, Spiro J. (1976): *Method and Appraisal in Economics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Lau, Richard R./Heldman, Caroline (2009): Self-Interest, Symbolic Attitudes, and Support for Public Policy: A Multilevel Analysis. In: *Political Psychology* 30 (4), S. 513–537.
- Lewis-Beck, Michael S./Nadeau, Richard (2011): Economic Voting Theory: Testing New Dimensions. In: *Electoral Studies* 30 (2), S. 288–294.

- Lodge, Milton/Taber, Charles S. (2013): *The Rationalizing Voter*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mader, Matthias/ Schoen, Harald (2014): Chancellor Merkel, the European Debt Crisis and the AfD: An Analysis of Voting Behaviour in the 2013 Federal Election. In: d'Ottavio, Gabriele/Saalfeld, Thomas (Hrsg.): *The German Election of 2013: Breaking Mould of Post-Unification Politics?* Farnham: Ashgate (im Erscheinen).
- McLaren, Lauren (2002): Public Support for the European Union: Cost/Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat? In: *The Journal of Politics* 64 (2), S. 551–566.
- Mueller, John E. (1970): Presidential Popularity from Truman to Johnson. In: *The American Political Science Review* 64 (1), S. 18–34.
- Mueller, John E. (1985): *War, Presidents, and Public Opinion*. Lanham: University Press of America.
- Pappi, Franz Urban/Thurner, Paul W. (2000): Die deutschen Wähler und der Euro: Auswirkungen auf die Bundestagswahl 1998? In: *Politische Vierteljahresschrift* 41 (3), S. 435–465.
- Pickup, Mark/Evans, Geoffrey (2013): Addressing the Endogeneity of Economic Evaluations in Models of Political Choice. In: *Public Opinion Quarterly* 77 (3), S. 735–754.
- Ray, Leonard (2003): When Parties Matter: The Conditional Influence of Party Positions on Voter Opinions about European Integration. In: *Journal of Politics* 65 (4), S. 978–994.
- Risse, Thomas (2010): *A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres*. Ithaca NY: Cornell University Press.
- Schmitt-Beck, Rüdiger (2014): Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinahe-Wahlerfolges der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 45 (1), S. 94–112.
- Schoen, Harald (2008): Turkey's Bid for EU Membership, Contrasting Views of Public Opinion, and Vote Choice. Evidence from the 2005 German Federal Election. In: *Electoral Studies* 27 (2), S. 344–355.
- Schoen, Harald/Greszki, Robert (2014): Gemeinsames Regieren, getrennte Rechnungen. Bürgerurteile über die Regierung Merkel II und Wahlverhalten 2013. In: Zohlhöfer, Reimut/Saalfeld, Thomas (Hrsg.): *Regieren im Schatten der Krise*. Wiesbaden: Springer VS, S. 25–48.
- Sears, David O. (1993): Symbolic Politics: A Socio-Psychological Theory. In: Iyengar, Shanto/McGuire, William J. (Hrsg.): *Explorations in Political Psychology*. Durham: Duke University Press, S. 113–149.

- Sears, David O./Funk, Carolyn L. (1991): The Role of Self-Interest in Social and Political Attitudes. In: *Advances in Experimental Social Psychology* 24, S. 1–91.
- Sears, David O./Hensler, Carl P./Speer, Leslie K. (1979): Whites' Opposition to "Busing": Self-Interest or Symbolic Politics. In: *The American Political Science Review* 73 (2), S. 369–384.
- Sears, David O./Lau, Richard R./Tyler, Tom R./Allen Jr., Harris M. (1980): Self-Interest vs. Symbolic Politics in Policy Attitudes and Presidential Voting. In: *The American Political Science Review* 74 (3), S. 670–684.
- Sniderman, Paul M./Stiglitz, Edward H. (2012): *The Reputational Premium: A Theory of Party Identification and Policy Reasoning*. Princeton: Princeton University Press.
- Tajfel, Henri (1981): *Human Groups and Social Categories: Studies in Social Psychology*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Tajfel, Henri/Turner, John C. (1979): An Integrative Theory of Intergroup Conflict. In: Austin, William G./Worchel, Stephen (Hrsg.): *The Social Psychology of Intergroup Relations*. Monterey: Brooks/Cole, S. 33–47.

Tabelle 1: Deskriptive Statistiken zur Präferenz für EU-Finanzhilfen und zu Performanzurteilen zur Euro-Krise

WKP 2013	Welle 3			Welle 5			Welle 7		
	Mw.	Std.	N	Mw.	Std.	N	Mw.	Std.	N
Einstellung zu EU-Hilfen	0,37	0,27	838	0,39	0,26	824	0,41	0,28	837
Performanz Bundesregierung	0,43	0,23	839				0,46	0,23	838
Performanz Merkel	0,44	0,27	832	0,44	0,25	821	0,46	0,26	830
Performanz Steinbrück	0,40	0,20	825	0,44	0,18	820	0,44	0,19	828

Tabelle 2: Wirkung von langfristigen und kurzfristigen Faktoren auf die Bewertung von EU-Hilfen (OLS-Regression)

	EU-Hilfen
Bewertung Merkel (2009)	0,10* (0,05)
Bewertung Steinbrück (2009)	0,09 (0,06)
Bewertung Schäuble (2009)	-0,02 (0,06)
Union-Parteibindung (2009)	0,05 (0,04)
SPD-Parteibindung (2009)	0,03 (0,04)
Grüne-Parteibindung (2009)	-0,01 (0,05)
Kulturelle Vielfalt (2009)	-0,41** (0,06)
Umverteilung (2009)	0,03 (0,06)
Staatsverschuldung (2009)	0,13* (0,05)
Verbundenheit mit der EU (2009)	0,26** (0,05)
Verbundenheit mit Deutschland (2009)	0,02 (0,05)
Persönlich von der Euro-Krise betroffen	-0,15** (0,05)
Bewertung nat. Wirtschaftslage, retrospektiv	0,02 (0,06)
Bewertung pers. Wirtschaftslage, retrospektiv	0,06 (0,06)
Haushaltseinkommen (Ref.: hoch)	
niedrig	-0,11** (0,04)
mittel	-0,07*

	(0,03)
Alter	-0,07 (0,06)
Frau	-0,02 (0,02)
Abitur	0,03 (0,02)
Beschäftigungsstatus (Ref.: selbstständig)	
Beamte	0,00 (0,06)
Angestellte	-0,02 (0,04)
Arbeiter	-0,04 (0,06)
arbeitslos	0,01 (0,08)
Rentner	0,06 (0,05)
Konstante	0,53** (0,10)
<hr/>	
Korr. R ²	0,41
Korr. R ² _{Ökonomie + Kontrollvariablen}	0,13
Korr. R ² _{Prädispositionen + Kontrollvariablen}	0,38
N	460

Angeben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten mit robusten Standardfehlern in Klammern. Die abhängige Variable ist der 7. Welle des WKP 2013 entnommen. Signifikanzniveaus: * p<0,05 ** p<0,01.

Tabelle 3: Wirkung von langfristigen und kurzfristigen Faktoren auf Performanzurteile zur Euro-Krise (ordinale logistische Regressionen)

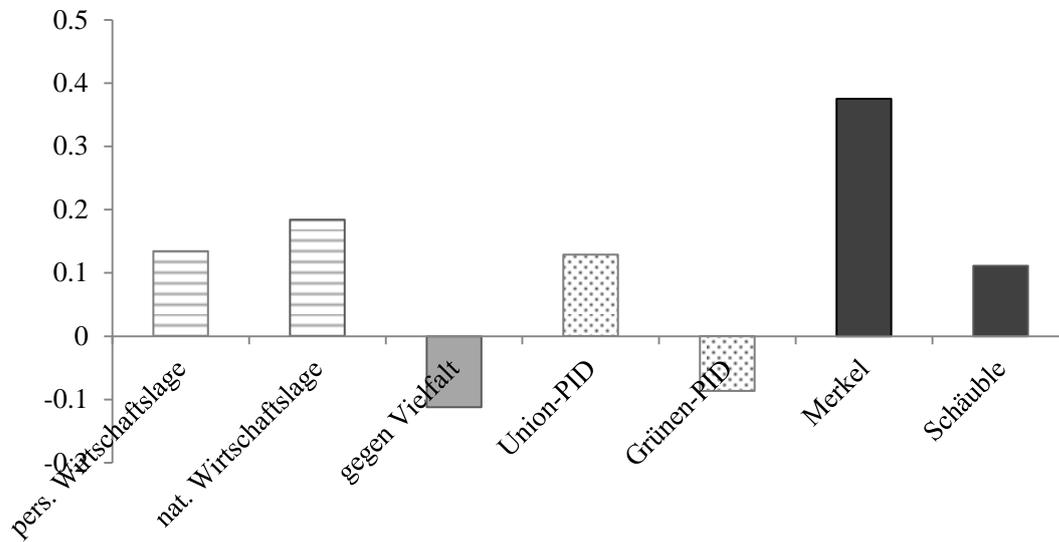
	Regierung	Merkel	Steinbrück
Bewertung Merkel (2009)	3,75** (0,49)	3,89** (0,49)	0,92 (0,47)
Bewertung Steinbrück (2009)	0,24 (0,50)	0,31 (0,49)	2,18** (0,52)
Bewertung Schäuble (2009)	1,11* (0,49)	0,59 (0,48)	-0,41 (0,50)
Union-Parteibindung (2009)	1,29** (0,40)	0,76* (0,39)	0,01 (0,41)
SPD-Parteibindung (2009)	-0,49 (0,37)	-0,45 (0,36)	0,96* (0,39)
Grüne-Parteibindung (2009)	-0,87* (0,43)	-1,04* (0,42)	0,51 (0,46)
Kulturelle Vielfalt (2009)	-1,13* (0,45)	-0,83 (0,45)	-0,55 (0,47)
Umverteilung (2009)	-0,14 (0,45)	-0,56 (0,45)	-0,07 (0,48)
Staatsverschuldung (2009)	0,61 (0,41)	0,61 (0,41)	1,31** (0,43)
Verbundenheit mit der EU (2009)	0,57 (0,42)	0,55 (0,41)	0,57 (0,44)
Verbundenheit mit Deutschland (2009)	-0,20 (0,46)	-0,12 (0,44)	-0,06 (0,47)
Persönlich von der Euro-Krise betroffen	-0,73 (0,44)	-1,04* (0,42)	0,69 (0,44)
Bewertung nat. Wirtschaftslage, retrospektiv	1,84** (0,50)	1,43** (0,48)	0,96 (0,51)
Bewertung pers. Wirtschaftslage, retrospektiv	1,34** (0,50)	0,43 (0,48)	0,18 (0,51)
Haushaltseinkommen (Ref.: hoch)			
niedrig	-0,39 (0,35)	-0,36 (0,34)	-0,50 (0,36)

mittel	-0,50 (0,27)	-0,48 (0,26)	-0,47 (0,27)
Alter	-0,52 (0,57)	-0,31 (0,54)	-1,33* (0,59)
Frau	-0,10 (0,20)	0,08 (0,20)	0,28 (0,21)
Abitur	0,03 (0,21)	-0,08 (0,20)	-0,30 (0,21)
Beschäftigungsstatus (Ref.: selbstständig)			
Beamte	0,32 (0,48)	-0,04 (0,46)	-0,34 (0,49)
Angestellte	0,05 (0,33)	-0,06 (0,32)	0,04 (0,33)
Arbeiter	0,18 (0,47)	0,49 (0,46)	0,32 (0,49)
arbeitslos	0,85 (0,60)	-0,09 (0,60)	-0,38 (0,66)
Rentner	0,17 (0,42)	-0,24 (0,40)	0,89* (0,42)
cut1	-0,60	-0,98	-1,10
cut2	1,85*	1,18	0,83
cut3	4,75**	3,35**	4,40**
cut4	7,93**	6,23**	7,29**
Korr. Pseudo R ²	0,19	0,15	0,04
Korr. Pseudo R ² <small>Ökonomie + Kontrollvar.</small>	0,04	0,02	-0,01
Korr. Pseudo R ² <small>Prädispositionen+Kontrollv.</small>	0,18	0,15	0,05
N	460	455	457

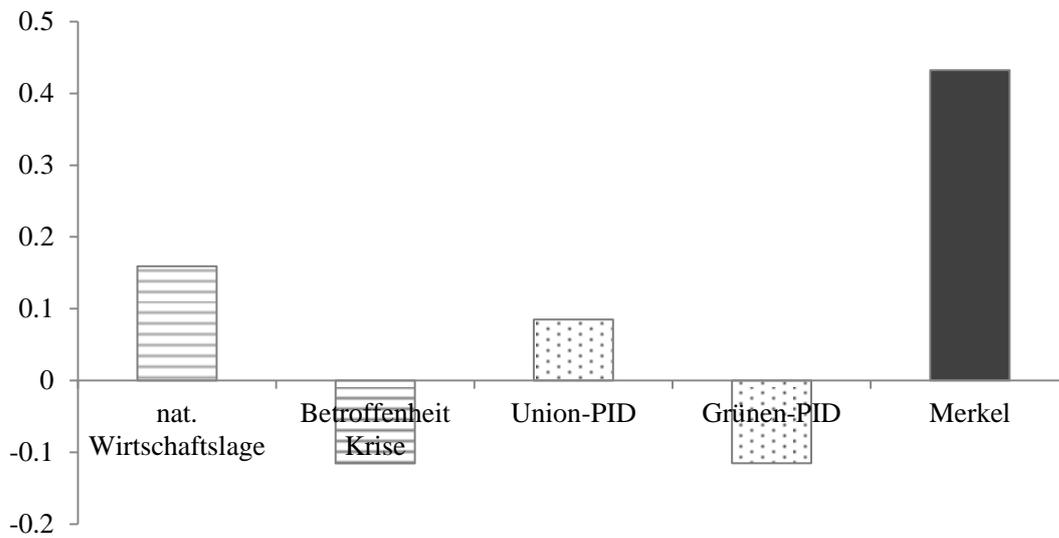
Angaben sind unstandardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern. Die abhängigen Variablen sind der 7. Welle des WKP 2013 entnommen. Signifikanzniveaus: * p<0,05 ** p<0,01.

Abbildung 1: Durchschnittliche marginale Effekte für die Performanzurteile über die Bundesregierung, Merkel und Steinbrück (zweithöchste Ausprägung)

Leistungsbewertung Regierung:



Leistungsbewertung Merkel:



Leistungsbewertung Steinbrück:

